

Deutschland, Frankreich und Europa. Interessen und Integration 1945 bis 2005

Vortrag

auf dem

Festakt

60 Jahre Johannes Gutenberg-Universität

22. Mai 2006

Nach Jahrzehnten und Jahrhunderten der Konflikte, der Kriege und der Zerstörung begann im westlichen Europa um die Mitte des 20. Jahrhunderts eine historisch ganz ungewöhnliche Epoche: eine Epoche des Friedens, der Partnerschaft und des Wohlstandes, während sich überall auf dem Globus in kaum mehr zu überschauendem Maße Gewalt entlud und nach wie vor entlädt.

Wie kam es zu dieser historischen Wende? So einfach diese Frage klingt, so grundlegend ist sie, und so unterschiedlich wird sie beantwortet. Da ist zum einen die idealistische Antwort: die „große Erzählung von der Selbstzivilisierung Europas“ nach 1945 und von der deutsch-französischen Aussöhnung – von Zivilgesellschaften und von Personen, die aus der Geschichte und aus den Schrecken der Weltkriege gelernt hatten und an ihre Stelle nun Versöhnung und Einigung setzten.

Demgegenüber steht die hart realpolitische Lesart: nicht moralische Einsichten waren demzufolge die treibende Kraft, sondern klar geschnittene außen- und sicherheitspolitische Interessen im Europa des Kalten Krieges, zudem ökonomische Motive, wie sie vor allem von den politischen Eliten betrieben wurden. Hinzu kommt die Rolle der USA. Sie waren, wie kürzlich markant zugespitzt worden ist, nach dem Zweiten Weltkrieg „im Kreise der verblühten Diven Frankreich, England, Deutschland und Italien, die jahrzehntlang um den ersten Platz gekämpft hatten, der große Gleichmacher, damit aber zugleich der große Friedensstifter.“ Die „Zivilisierung Westeuropas nach 1945“ war dieser Lesart zufolge „weniger das Ergebnis eines ‚Lernens‘ aus der Katastrophengeschichte, als vielmehr die Folge der amerikanischen Übermacht.“

Ideale einerseits und Interessen andererseits – dies sind zwei Ebenen, die sich historisch-politisch natürlich keineswegs ausschließen. Im Gegenteil: führen doch pure Interessen ohne richtungsweisende Ideale in zynische Machtpolitik. Pure Ideale ohne interessenpolitisches Fundament hingegen drohen in Ideologie, gar kompromißlosem Furor zu enden. So mischen sich in der Regel weltanschauliche und pragmatische Grundsätze, Interessen und Ideale *in politicis*. Im einzelnen zu bestimmen ist das Mischungsverhältnis.

Diese Verhältnisbestimmung von Idealen und Interessen möchte ich nun vornehmen, zunächst für die französische, dann für die deutsche Seite. Danach möchte ich einige Überlegungen zu politischen Ursachen und gesellschaftlichen Folgen der deutsch-französischen Partnerschaft und der europäischen Einigung anstellen, und schließlich mit einigen allgemeinen historisch-politischen Schlußfolgerungen über Staatsräson zwischen Idealismus und Realpolitik zum Ende kommen.

I.

„Sécurité d’abord“, so hat der französische Historiker Maurice Vaisse seine Studie über die französische Rüstungskontrollpolitik in den frühen dreißiger Jahren programmatisch überschrieben. Dieser Primat der Sicherheit leitete, wie gerade französische Autoren mit aller Deutlichkeit hervorheben, die französische Außen-, Deutschland- und Europapolitik, und zwar nicht nur nach dem Ersten Weltkrieg, sondern auch nach dem Zweiten.

Gerade der große französische Diplomatiehistoriker Georges-Henri Soutou hält sich nicht bei Freundschaft und Versöhnung auf, wenn er die harten nationalen Interessen betont, die der französischen Politik nach 1945 Richtung gaben. Es war dies ein zweifaches Sicherheitsstreben: Sicherheit gegenüber der sowjetischen Bedrohung im Ost-West-Konflikt zum einen und ebenso Sicherheit vor Deutschland zum anderen. Diesem zweifachen Sicherheitsstreben diente die gleich mehrfache Containment-Politik des westlichen Bündnisses: „NATO was invented“, wie Lord Ismay treffend gesagt haben soll, „to keep the Russians out, the Americans in, and the Germans down.“ Für die französische Deutschlandpolitik hieß dies, und zwar im Gegensatz zur Politik nach dem Ersten Weltkrieg: Sicherheit durch Integration – durch bilaterale Zusammenarbeit und durch multilaterale Einbindung in die europäischen Institutionen. Grundlegendes Muster war dabei, und zwar in den 50er ebenso wie in den 70er Jahren, wie es Soutou formuliert hat, „mit der Bundesrepublik zu kooperieren, aber zur selben Zeit eine Überlegenheit über sie zu behalten.“

Eben diese „marge de supériorité“ wurde in den achtziger Jahren gefährdet: gefährdet zunächst durch die zunehmende ökonomische Dominanz der D-Mark als ultra-stabile Leitwährung in Europa, und dann erst recht durch die Wiedervereinigung Deutschlands. Kein Wunder, daß der Kollaps der DDR die französische *classe politique* Ende 1989 zunächst wie ein Schock traf.

„Kohl reagiert deutlich verärgert und enttäuscht“, notierte sein außenpolitischer Berater Horst Teltschik in diesen Wochen. „Die Grenzen der Freundschaft werden für ihn sichtbar.“ Wie tief indessen die französischen Ängste saßen, offenbart eine Äußerung François Mitterrands gegenüber Margaret Thatcher aus dem Dezember 1989, als die Frage einer deutschen Wiedervereinigung auf die internationale Tagesordnung kam:

„Man befinde sich in einer Situation“, so wird Mitterrand überliefert, „in der sich die Führer Frankreichs und Englands vor dem Krieg befanden und nicht reagierten. Es dürfe nicht passieren, daß man sich in einem zweiten München wiederfinde. Was zur Zeit abläuft“, so Mitterrand, sei „genau wie 1913 und 1938.“

Als dann klar wurde, daß die deutsche Einheit kommen würde und daß sie überrollend schnell kommen würde, da griff Mitterrand auf das klassische Muster zurück: die Einbindung durch Integration. Die vertiefte europäische Einbindung Gesamtdeutschlands sollte eine politische Hegemonie Bonns verhindern, und die europäische Wirtschafts- und Währungsunion – schon vor der Wiedervereinigung im Grundsatz beschlossen, aber noch längst nicht in trockenen Tüchern – würde die Dominanz der D-Mark brechen.

Dies alles klingt nach Mißtönen in einem großen Versöhnungschor. In der Partitur einer europäischen Realpolitik aber klingt dieser obligate Tenor ganz harmonisch, als die Stimme einer klar kalkulierten Interessenpolitik. Ebendies war aus französischer Sicht, nach den Erfahrungen dreier Kriege und der Einsicht in die strukturelle Unterlegenheit gegenüber dem östlichen Nachbarn, vollständig rational.

Auf deutscher Seite dagegen war nach der totalen Niederlage, militärisch und moralisch, Wiederaufbau das Gebot, und zwar in umfassendem Maße.

Blicken wir auf die Bonner Politik im Gründungsjahrzehnt der Bundesrepublik, dann war es insbesondere Konrad Adenauer, der deutscherseits eine kühl kalkulierte Interessenpolitik betrieb. Er hatte erkannt, daß eine konsequente Westbindung die einzige Chance des westdeutschen Teilstaates war, zu einem gleichberechtigten, souveränen Staatswesen innerhalb der westlichen Welt zu werden und dort zugleich Schutz vor der östlichen Bedrohung zu finden, die Adenauer in allen Knochen saß. Seit den fünfziger Jahren setzte die Bundesrepublik auf Multilateralismus und auf die Einbindung in integrative Zusammenschlüsse. Dies ist treffend als „Methode des Souveränitätsgewinns durch Souveränitätsverzicht“ beschrieben worden. Die Bonner Außenpolitik, und das war ihren realistischen Vertretern klar, konnte Handlungsfähigkeit immer nur dann entfalten, wenn sie sich in grundlegender Übereinstimmung mit ihren westlichen Verbündeten befand, nicht aber mehr im nationalen Alleingang.

Dies waren zunächst politische, und im Grundsatz ebenfalls sicherheitspolitische Interessen. Sie verbanden sich aber auf deutscher Seite, noch einmal, vor dem Erfahrungshintergrund der „deutschen Katastrophe“ in besonderem Maße mit Idealen und moralischen Überzeugungen. Es waren die bitteren Erfahrungen der erlebten Abgründe, die sich zur bundesdeutschen Grundhaltung des „Nie wieder Krieg“ verdichteten – allerdings mit unterschiedlichen Konsequenzen: dem Pazifismus der gebrannten Kinder stand Adenauer mit dem alten Grundsatz gegenüber *si vis pacem, para bellum* (wenn du Frieden willst, rüste dich für den Krieg).

Und damit reihte sich die Bonner Regierungspolitik, von der Wiederbewaffnung bis zum NATO-Doppelbeschluß, in die westliche Politik der Stärke im Ost-West-Konflikt ein. Zu keinem Zeitpunkt der Geschichte hatte dabei so viel auf dem Spiel gestanden

wie im Zeitalter der nuklearen Abschreckung. Wie nie zuvor nämlich drohten sich die Kontrahenten gegenseitig die Vernichtung ihrer gesamten Zivilisation an.

Sicherheitspolitisches Kalkül also auch in Bonn, aber das war, wie gesagt, nicht alles. Die klar interessengeleitete Politik der Westbindung und der Verbindung mit Frankreich ruhte nämlich auf grundlegenden Überzeugungen – und sie hatte zugleich auch eine gesellschaftliche Rückbindung. Je näher man hinschaut, desto mehr gibt es zu entdecken, wie dies mein Mainzer Kollege Michael Kißener sehr eindrucksvoll getan hat:

Er führt und zu einer Reihe von Persönlichkeiten, die oftmals aus Resistance und Widerstand kamen und sich alsbald nach Kriegsende in privaten Initiativen für deutsch-französische Verständigung engagierten, zu privaten Initiativen wie etwa den Kontakten zwischen deutschen und französischen Katholiken. Und auch auf institutioneller, staatlich-politischer Ebene findet sich, namentlich in der so tief ambivalenten französischen Besatzungspolitik und so ganz entsprechend der Idee der *grande nation*, die Verbindung von Sicherheitsstreben und von zivilgesellschaftlichen, kulturellen Zielsetzungen – konkret: Demokratisierung und Umerziehung. Was steht dafür prominenter als die Wiedergründung der Universität Mainz?

Freilich: eine Massenbewegung, die den Prozeß einer deutsch-französischen Verständigung vorangetrieben hätte, vermochten diese gesellschaftlichen Initiativen nicht zu entfachen. Meinungsumfragen aus den 50er Jahren zeigen, daß alte Feindbilder und große gegenseitige Vorbehalte fortbestanden – alles andere wäre nach dem Krieg und angesichts der konfliktreichen Tradition auch höchst sonderbar gewesen. Auf breiter gesellschaftlich-kultureller Ebene blieben sich Deutschland und Frankreich in der Nachkriegszeit zunächst recht fremd.

So gesehen gilt, auch für die deutsch-französische Verständigung und Annäherung, das Diktum Napoleons: „Die Politik ist das Schicksal.“

II.

Schauen wir auf die Entstehung der deutsch-französischen Partnerschaft, so stoßen wir immer wieder auf die Dominanz handfester politischer Interessen.

Etwa im Falle der Montanunion. Als Robert Schuman im Mai 1950 seinen wegweisenden Vorschlag machte, die französische und die deutsche Bergbau- und Eisenindustrie zusammenzulegen, da geschah dies vor dem Hintergrund, daß die französische Politik ihr Ziel verfehlt hatte, den strukturell überlegenen Nachbarn im Osten nachhaltig zu schwächen. Vielmehr geriet Frankreich gegenüber Großbritannien und den USA zunehmend ins Abseits. Das sicherheitspolitische Interesse der Anglo-

Amerikaner zielte in erster Linie darauf, die Bundesrepublik in das westliche Bündnis einzubeziehen – unter Einschluß auch des wirtschaftlichen Wiederaufstiegs, wie der amerikanische Präsident den französischen Außenminister schon bei der Gründung der NATO 1949 in aller Deutlichkeit hatte wissen lassen.

Dann lieber Kontrolle durch Kooperation, das war die Pariser Schlußfolgerung, um die wirtschaftliche Vorrangstellung Frankreichs zu sichern und zugleich den deutschen Bestrebungen nach Souveränität durch eine solche Verflechtung einen Riegel vorzuschieben. Ganz anders, aber nicht weniger realpolitisch sahen Adenauers Motive aus: eine Montanunion eröffnete auch deutscherseits die Möglichkeit, Einfluß auf Frankreich zu nehmen und vor allem der politischen Gleichberechtigung in Europa näherzukommen.

Oder schauen wir auf den Elysee-Vertrag vom Januar 1963, dessen durch und durch real- und interessenpolitische Entstehung in der Forschung ganz unstrittig ist: am Rhein und an der Seine waren es in erster Linie außen- und sicherheitspolitische Motive, die Adenauer und de Gaulle leiteten. Adenauer suchte ein Gegengewicht zur Politik des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy und dessen Bemühen, zu einem Ausgleich mit Moskau zu kommen. Denn das war Adenauer zutiefst suspekt. Kennedy weckte Adenauers Alptraum, daß über die Bonner Köpfe hinweg das Schicksal Deutschlands entschieden werden könne.

Skepsis gegen die USA leitete auch de Gaulles Kalkül: was ihm vorschwebte, war die Emanzipation der „Grande Nation“ von der amerikanischen Vorherrschaft in Europa – und dem sollte ein französisch-deutsches Gegengewicht dienen, das freilich so austariert sein sollte, daß die Bundesrepublik die Rolle des Juniorpartners spielen würde.

Zugleich aber war solche Realpolitik nicht voraussetzungslos. Es war vielmehr Interessenpolitik auf der Grundlage dessen, was beide Seiten grundsätzlich für richtig hielten. Unabdingbar war eine allgemeine Bereitschaft zur Kooperation und zur Verständigung – und dies war eben anders als so oft vor 1945.

Und etwas Wesentliches kommt hinzu: Absichten und Ursachen sind das eine, Folgen sind das andere, und oft entsprechen die Folgen keineswegs dem ursprünglichen Geplanten. So auch hier: gerade der Elysee-Vertrag ist ein mustergültiges Beispiel dafür, wie sich Entwicklungen verselbständigen.

Was war es, das der Elysee-Vertrag bewirkte? Weder die Emanzipation von der amerikanischen Vorherrschaft in Europa, noch verhinderte er die amerikanische Entspannungspolitik. Von besonderer, nachhaltiger Bedeutung waren vielmehr die praktischen gesellschaftlich-kulturellen Auswirkungen: die wachsende Zahl der Städtepartnerschaften und der menschlichen Begegnungen auf verschiedenen Ebenen,

vor allem unter den Jugendlichen, für die das Jugendwerk gegründet wurde. Schüler- und Studenten-, Wissenschaftler- und Dozentenaustausch, Frankreich- und Deutschlandzentren im jeweils anderen Land ermöglichten vielfältige persönliche Begegnungen. Und das gegenseitige Kennenlernen baute Feindbilder ab. Das gilt schließlich auch auf der Ebene der Sprache: dort verselbständigte sich eine Rhetorik der „Freundschaft“ – und schließlich jene „große Erzählung von der Selbstzivilisierung Europas“ nach 1945, jener Europa-Mythos, der sich in den achtziger Jahren zu entfalten begann. Und ebendieser Mythos entwickelte seine eigene, verselbständigte Antriebskraft, als sich die Regierungen in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre auf die riskante Fahrt durch die unabsehbaren Untiefen des europäischen Einigungsprozesses machten – bekräftigt durch die ebenso ritualisierte Selbstbeschwörung der „Unumkehrbarkeit“ des Prozesses. Solche Rhetorik mochte zuweilen Gegensätze kaschieren – zugleich aber schufen solche Sprachbilder ein verbreitetes und für die handelnden Politiker auch handlungsleitendes Bewußtsein. Dies alles waren nicht die Motive für den Abschluß des Elysee-Vertrages, aber es waren, und das ist historisch bedeutsamer, die wirkmächtigen Folgen.

Das gilt in gewisser Weise auch für den kühlen Pragmatismus auf intergouvernementaler Ebene vor allem auf dem Feld der Wirtschafts- und Finanzpolitik, mit dem Giscard d'Estaing und Helmut Schmidt in der Krise der 70er Jahre kooperierten.

Diese Jahre liegen heute in der allgemeinen Erinnerung im Schatten zwischen der unmittelbaren Nachkriegszeit und dem spektakulären Ende des Ost-West-Konflikts. Und doch sind gerade die späten siebziger und die achtziger Jahre von weichenstellender Bedeutung für die Welt des 21. Jahrhunderts. Giscard und Schmidt hatten beide als Finanzminister ihrer Länder erlebt, wie 1973 der langanhaltende Boom der Nachkriegszeit abrupt zu Ende gegangen war und in das „Zeitalter der langfristigen Schwierigkeiten“ überging.

Nüchternes Krisenmanagement war, was Europa und dem Westen in den späteren 70ern Not tat. Vor diesem Hintergrund starteten der französische Präsident und der bundesdeutsche Kanzler eine Initiative, mit der sie die Führer der sechs größten westlichen Industriestaaten zu einer informellen Konferenz zusammenbrachten. Das Treffen auf Schloß Rambouillet im November 1975 wurde zum Ausgangspunkt für die Tradition der Weltwirtschaftsgipfel.

Noch weiter reichende Wirkungen entfaltete das Europäische Währungssystem von 1978. Es war aus der Not geboren, nachdem das Weltwährungssystem von Bretton Woods endgültig zu Beginn der siebziger Jahre zusammengebrochen war. Sieben europäische Staaten schlossen sich, auch dies unter deutsch-französischer Ägide, zu

einem regionalen Währungsverbund zusammen. Auch das EWS geriet wiederholt in schwere Turbulenzen. *À la longue* aber stellte es die faktische Grundlage für die europäische Währungsunion dar, die seit den späten achtziger Jahren ins Auge gefaßt und um die Jahrtausendwende realisiert wurde.

Der Euro schafft dabei im selben Maße Selbstverständlichkeiten wie das Schengener Abkommen mit dem kontrollfreien Grenzverkehr: in einem ganz lebensweltlich-praktischen Sinne werden auf diese Weise Barrieren abgebaut und Verbindungen geschaffen – zivilgesellschaftliche Grundlagen der deutsch-französischen Kooperation und der europäischen Einigung, mehr Folgen denn Ursachen – Folgen aber, die ihre eigene Dynamik entfalten und die Entwicklung ihrerseits wiederum verstärkt und nunmehr selbst als Ursachen vorantreiben.

Was sich auf diese Weise etabliert hat und etabliert, sind Selbstverständlichkeiten im Umgang miteinander – auf politischer Ebene vor allem ein gegenseitiges Grundverständnis als Partner, eine Normalität der friedlichen Konfliktbereinigung, die historisch keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellt. Auch die politischen Spannungen über die Wiedervereinigung, von denen ich gesprochen habe, offenbarten einerseits durchaus erhebliche – und auch fortwirkende – Interessengegensätze und Spannungspotentiale. Andererseits demonstrierte der gesamte Verlauf gerade aber auch die Belastbarkeit der deutsch-französischen Partnerschaft, die daran eben *nicht* zerbrach.

III.

Das „wohlfahrtsstaatliche, kooperative und friedliche Europa“, so bringt es der amerikanische Historiker Tony Judt in seinem jüngst erschienen großen Buch mit dem Titel „Postwar“ auf den Punkt, dieses Europa „wurde nicht aus einem optimistischen, ambitionierten und zukunftsweisenden Projekt geboren, wie es sich Euro-Idealisten von heute in verkürzter Rückschau vorstellen. Überschattet von der Geschichte, betrieben die politischen Führer soziale Reformen und den Aufbau neuer Institutionen als Prophylaktikum, um sich die Vergangenheit vom Leibe zu halten“ – und nicht nur um die Schatten der Vergangenheit fern zu halten, so ist zu ergänzen, sondern auch die höchst gegenwärtigen Bedrohungen für das politische und physische Überleben nach 1945 im alles überschattenden Ost-West-Konflikt.

Was die Entstehungsgeschichte der deutsch-französischen Partnerschaft und ihre politische Umsetzung betrifft, so dominierten klar benennbare und kühl kalkulierte außen- und sicherheitspolitische, zunehmend auch wirtschaftliche Interessen. Im Grunde war es so, wie es Bismarck über Europa gesagt hatte: daß nämlich jeder, der Europa im Munde führe, letztlich seinen eigenen Vorteil im Sinn habe – und auch

wieder nicht: Denn nach den Erfahrungen der Weltkriege lagen auch der konkret interessengeleiteten Politik grundlegende politische, ja zivilisatorische Überzeugungen zugrunde.

Solche Ideen und gesellschaftlich-kulturellen Faktoren geraten einer streng realpolitischen Sicht leicht aus dem Blick. In der Tat waren die gesellschaftlichen Faktoren für die konkrete politische Entstehung der deutsch-französischen Annäherung und der europäischen Einigung von nachgeordneter Bedeutung. Bedeutung gewannen sie aber vor allem insofern, als diese gesellschaftlich-kulturelle Dimension sich im Laufe des Entwicklungsprozesses immer mehr verselbständigte. Auf diese Weise entstand ein Fundament von friedlich-kooperativen Selbstverständlichkeiten auf verschiedenen Ebenen, das ohne großes Aufhebens trägt, jedenfalls in „normalen“ Zeiten.

Nur: was ist historisch normal? Westeuropa hat sich an Frieden und Wohlstand gewöhnt. Weder im Hinblick auf die Geschichte, noch im Hinblick auf den Globus der Gegenwart aber ist dies wirklich „normal“. Und ein weiteres kommt hinzu: Probleme der Zukunft sind meist gerade andere als diejenigen, die selbstgewisse Lehren aus der Vergangenheit zu vermeiden trachten.

Und genau hier liegt ein Problem des politischen Mythos von der Selbstzivilisierung Europas, der von der Vergangenheit erzählt und auf Gegenwart und Zukunft zielt. Zumal in Deutschland verbindet sich diese „letzte verbliebene Utopie“, wie sie jüngst genannt worden ist, mit der These von der Postnationalität, vom Ende des Nationalstaats, und dem Postulat der „Friedensmacht Deutschland“. Gerade im Hinblick auf das Ausmaß globaler Gewaltentladungen und Gewaltpotentiale liegt dem allerdings weniger eine realpolitische Bestandsaufnahme zugrunde als vielmehr eine Mischung aus Wunschdenken, sprunghafter Emotionalisierung und einer verkürzten Moralisierung von Außenpolitik.

Ohne interessenpolitisches Gegengewicht aber drohen sich selbstgewisse Ideale zur Ideologie zu übersteigern – zu ideologischer Selbstgewißheit, fixiert auf vermeintlich sichere Lehren aus der Geschichte, die sich selbst die Offenheit für das Unerwartete verschließt. Ebendies aber ist die eigentliche große Lehre der Geschichte: daß sich Zukunft eben nicht sicher prognostizieren läßt, sondern daß mit allem, und daß vor allem mit dem Unerwarteten zu rechnen ist:

Wer hätte für möglich gehalten, daß Europäer fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges tatenlos einem Massaker an einer ethnischen Minderheit auf ihrem Kontinent zusehen, wie es in Srebrenica geschehen ist?

Wer hätte mit dem 11. September 2001 gerechnet?

Und was ist, wenn die Krise des Wohlfahrtsstaates, an den sich Westeuropa so fundamental gewöhnt hat, zu gesellschaftlichen Spannungen führt, von denen

die jüngsten Gewaltentladungen in Frankreich vielleicht nur einen Vorgeschmack liefern?

Deutschland, Frankreich und Europa stehen vor neuen Aufgaben und umfassenden Veränderungen, deren Ende niemand wirklich absieht – auch und gerade diejenigen nicht, die meinen, es ganz genau zu wissen. Das in Europa Erreichte aber ist zu wichtig, um es durch Selbstgewißheit oder ideologische Horizontverengung aufs Spiel zu setzen. Frieden und Wohlstand in Europa wurden erreicht durch eine Verbindung von grundlegenden übergeordneten Idealen und wohlverstandener Staatsräson – nicht durch kurzsichtige Sprunghaftigkeit und volatile Moralisierung, sondern mit Kompaß und Augenmaß: mit klaren Definitionen von grundlegenden Zielen und konkreten Interessen und ihrem realistischen Ausgleich.

Dies war der Kern und die Stärke der deutsch-französischen Partnerschaft und der europäischen Einigung nach 1945. Wenn wir auf Napoleon und sein Diktum von der Politik als dem Schicksal zurückkommen, dann ist dies in erster Linie eine Frage der Staatsklugheit und somit der Verantwortung vor allem der gewählten politischen Eliten. Und das ist es, was die Gesellschaften von ihnen verlangen sollten.